

Charta der Grundsätze zur Verteidigung des Demokratischen Rechtsstaats

PRÄAMBEL

In der Erwägung, dass die aktuelle VERFASSUNG DER FÖDERATIVREPUBLIC BRASILIEN im Jahr 2023 ihr 35-jähriges Bestehen vollendet, ein symbolisches Datum, das gleichzeitig den Beginn einer neuen Ära sowie den Soliditäts- und Konsolidierungsprozess des demokratischen Rechtsstaates anzeigt;

In Anbetracht dessen, dass eine Demokratie nie perfekt und fertig ist, sondern einen ständigen und dauerhaften Prozess der Verbesserung und des Aufbaus durchläuft;

In Anbetracht dessen, dass wir auch heute noch mit den schädlichen Auswirkungen, dem Schmerz und dem Trauma eines katastrophalen diktatorischen Regimes und einer kolonialistischen Vergangenheit leben, die tiefe Spuren und Ungleichheiten in unserer Gesellschaft hinterlassen hat;

In Anbetracht der wachsenden Diskreditierung der Institutionen und der Zunahme extremistischer Gruppen, die offen die Vernichtung des anderen predigen, in einer wahren Agenda der Abschaffung des demokratischen Regimes;

In Anbetracht des schädlichen Phänomens der Desinformation mit dem Ziel, die Legitimität etablierter und etablierter demokratischer Institutionen zu diskreditieren, indem inakzeptable Hassreden praktiziert werden und das brüderliche, sichere, nachhaltige und harmonische friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Standpunkte äußerst missachtet wird;

In Anbetracht der dringenden Notwendigkeit der weltweiten Zivilisation, das Bewusstsein zu schärfen, sich dem destruktiven Phänomen der radikalen Polarisierung zwischen politischen Parteien zu stellen und es zu bekämpfen, mit der Notwendigkeit, gewalttätige und schwerwiegende Praktiken zu verbieten, die auf die Abschaffung des demokratischen Rechtsstaates und die Verhinderung oder Einschränkung der Ausübung verfassungsmäßiger Befugnisse abzielen;

In der Erwägung, dass Pluralität, Divergenz der Ideen, Respekt und Engagement für die Wahrheit wesentliche Elemente für ein friedliches und demokratisches gesellschaftliches Zusammenleben sind;

Die Kommission zur Verteidigung der Meinungsfreiheit der OAB/MG und die Sonderkommission für Beamtenrecht der OAB/MG veröffentlichen hiermit ihre Grundsatzcharta zur Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates in den unten aufgeführten Bedingungen.

Concepção e autoria:

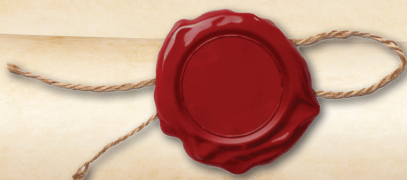


Comissão de
Defesa da Liberdade
de Expressão

Apoio e parceria institucional:



Comissão Especial de
Direito do Servidor Público



Charta der Grundsätze zur Verteidigung des Demokratischen Rechtsstaats

GRUNDSÄTZE

Art.1 – Die demokratische Rechtsstaatlichkeit ist eine historische Errungenschaft von erheblichem rechtlichen, moralischen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Wert, und es ist die Pflicht eines jeden, für deren Erhaltung und Verbesserung zu sorgen.

Art.2 - Der demokratische Rechtsstaat schreibt die wirksame und aktive Beteiligung des Volkes an öffentlichen Angelegenheiten vor, so dass die Macht vom Volk ausgeht, vom Volk und für das Volk ausgeübt wird. Es sind die Menschen, die der Staatsmacht Legitimität verleihen.

Einziger Absatz: Das „Volk“ ist nicht auf zivile Gruppen oder politische und Affinitätsgruppen beschränkt, wie zahlreich diese auch sein mögen. Mit „Volk“ ist die Gesamtheit aller brasilianischen Bürger gemeint, ohne Vorlieben oder Diskriminierung.

Art. 3 - Strafverfolgungsbehörden, mit Schwerpunkt auf Interessenvertretung und der brasilianischen Anwaltskammer, müssen als Hüter der Demokratie fungieren und stets wachsam für die getreue Einhaltung von Gesetzen und für das ordnungsgemäße Funktionieren republikanischer Institutionen sein.

Art.4 - Der demokratische Rechtsstaat setzt das Gleichgewicht zwischen der Exekutive, der Legislative und der Judikative durch ein System von Bremsen, Gegengewichten und Selbstregulierung voraus, das auf den in der Rechtsnorm vorgesehenen Zielen basiert, um die Usurpation von Kompetenzen zu vermeiden.

Art. 5 – Die demokratische Rechtsstaatlichkeit setzt die Achtung und Gewährleistung der Würde der menschlichen Person, der Volkssouveränität, der Trennung staatlicher Funktionen, des Gleichheitsprinzips, des Legalitätsprinzips und des Systems der Grundrechte mit der Begründung der Petrealität voraus, der Grundsatz der unveräußerlichen gerichtlichen Kontrolle und Rechtssicherheit.

Art. 6 – Der föderative Pakt muss die gerechte Verteilung von Befugnissen, Ressourcen und Zuteilungen zwischen der Union, den Staaten und den Gemeinden gewährleisten, was eine unabdingbare Voraussetzung für das ordnungsgemäße Funktionieren des demokratischen Rechtsstaates ist.

Art. 7 – Der demokratische Rechtsstaat muss die drei Dimensionen der Rechte verwirklichen: die 1. Generation (Freiheit, bürgerliche und politische Rechte), die 2. Generation (Gleichheit, soziale, wirtschaftliche, kulturelle Rechte) und die 3. Generation (Solidarität, diffuse und kollektive Rechte).

Concepção e autoria:

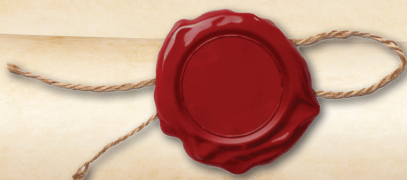


Comissão de
Defesa da Liberdade
de Expressão

Apoio e parceria institucional:



Comissão Especial de
Direito do Servidor Público



Charta der Grundsätze zur Verteidigung des Demokratischen Rechtsstaats

Einziger Absatz – Die Anwendung, Auslegung, Integration und Durchsetzung dieser Rechte muss sich an der Verwirklichung der Würde der menschlichen Person im weitesten Sinne orientieren.

Art. 8 – Der demokratische Staat Brasiliens ist im Verhältnis zu anderen Nationalstaaten souverän und basiert auf den Grundsätzen der Unabhängigkeit, Zusammenarbeit, Selbstbestimmung, Nichteinmischung, Verteidigung der Menschenrechte und des Friedens. Einmischung von außen ist nicht akzeptabel, auch nicht in im politischen, sozialen oder wirtschaftlichen Bereich.

Art. 9 – Die Meinungsfreiheit ist eine der Säulen für das reibungslose Funktionieren des demokratischen Systems, da sie den Bürgern die Möglichkeit gibt, ihre eigenen Forderungen zu äußern und Einfluss auf das politische Spiel und die Richtung öffentlicher Angelegenheiten zu nehmen.

Art. 10. Fake News, das Phänomen der Desinformation und Postfaktizität, stellen im 21. Jahrhundert eine der größten Risiken für das Wahlsystem und die westlichen Demokratien dar und müssen daher von allen bekämpft werden.

Absatz eins – Betrügerische und manipulierte Nachrichten können nicht nur das aufgeklärte Verständnis der Realität beeinträchtigen, sondern können auch die Demokratie gefährden.

Absatz zwei – Die Forderung nach der Wahrheit ist eine wesentliche Voraussetzung für die volle Ausübung der Demokratie, so dass das Volk nicht in der Lage ist zu regieren oder effektiven Zugang zur Macht zu haben, wenn es dazu verleitet wird, Entscheidungen auf der Grundlage von Täuschung zu treffen.

Art. 11 – Die demokratische Rechtsstaatlichkeit setzt die Achtung des Wahlsystems, des allgemeinen Wahlrechts und des Ergebnisses der Wahlurnen voraus, die den maximalen Ausdruck der Volkssouveränität darstellen.

Absatz eins – Das republikanische Prinzip verlangt, dass diejenigen, die ein politisches Amt innehaben, das Volk vertreten und in seinem Namen, mit Verantwortung und durch periodische Mandate, die einem Wechsel unterliegen, Entscheidungen treffen.

Absatz zwei – Äußerungen, die das Wahlsystem oder die Ergebnisse von Wahlen delegitimieren, sei es auf Bundes-, Landes- oder Gemeindeebene, sind absolut undemokratisch.

Concepção e autoria:

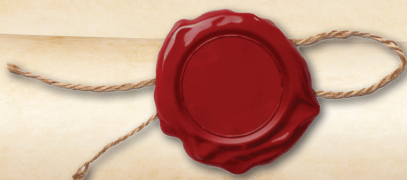


Comissão de
Defesa da Liberdade
de Expressão

Apoio e parceria institucional:



Comissão Especial de
Direito do Servidor Público



Charta der Grundsätze zur Verteidigung des Demokratischen Rechtsstaats

Art. 12- Die Umsetzung des demokratischen Rechtsstaates erfordert eine echte politische Vertretung unter wirksamer Beteiligung aller Bürger: Minderheiten müssen nicht nur wählen und gewählt werden, sondern sich auch vertreten fühlen und öffentliche Räume besetzen.

Art. 13 – Der Beamte als Personifikation staatlicher Tätigkeit verwirklicht, schätzt und verbessert den demokratischen Rechtsstaat, sofern er seine Aufgaben auf ehrliche, effiziente Weise und unter treuer Einhaltung der Grundsätze und Regeln der öffentlichen Verwaltung ausübt .

Absatz eins: Die Stabilität des Beamten ist die Garantie dafür, dass er über die funktionale Unabhängigkeit verfügt, um im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit zu handeln, und nicht durch äußere Einmischung oder politischen oder wirtschaftlichen Druck.

Absatz zwei: Der schlechte Diener, der seinen Pflichten nicht nachkommt, der Verwaltungsunregelmäßigkeiten, Korruption oder Verbrechen jeglicher Art begeht, muss im Einklang mit dem Gesetz bestraft werden, gegebenenfalls einschließlich der Entlassung aus dem öffentlichen Dienst.

Art. 14 - Rechtssicherheit und Vertrauensschutz sind konstitutive und unveräußerliche Bestandteile der demokratischen Rechtsstaatlichkeit.

Einziger Absatz – Es gibt keine demokratische Rechtsstaatlichkeit ohne die Achtung des Vorrangs erworbener Rechte, vollkommener Rechtsakte und der Rechtskraft.

Art. 15 - Die öffentliche Verwaltung muss eine strikte und dogmatische Legalität einhalten, darf sich aber nicht darauf beschränken: Sie muss vor allem das Prinzip der Legalität verankern, die nicht nur durch das Gesetz, sondern auch durch die im Verfassungstext enthaltenen expliziten und impliziten Grundsätze.

Art. 16 – Gewalt in ihren unterschiedlichsten Bedeutungen, ob verbal (hier eingeschlossen Hassrede), physisch, psychisch oder symbolisch, ist mit der Demokratie unvereinbar.

Absatz eins – Toleranz ist eine der Grundlagen, auf denen moderne Demokratien und der demokratische Rechtsstaat basieren.

Absatz zwei – Wir sind tolerant, wenn wir abweichende Meinungen respektieren, und nicht, wenn wir einen Konsens schaffen oder erzwingen.

Belo Horizonte, den 14. Juli 2023.

Concepção e autoria:



Comissão de
Defesa da Liberdade
de Expressão

Apoio e parceria institucional:



Comissão Especial de
Direito do Servidor Público

